

01.09.2023

Rede von Siw Mammitzsch. DKP, anlässlich des Antikriegstages am 01.09.2023

In diesem Monat beginnt die parlamentarische Debatte um den Haushalt 2024. Wie sich schon länger abzeichnete, sollen nahezu alle Ministerien Einbußen hinnehmen, verschont bleibt aber das Verteidigungsministerium (BMVg), das sogar zusätzliche Gelder erhält. Erstmals sollen im kommenden Jahr Militärausgaben von 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht werden – gleichzeitig wurde auch die Finanzplanung bis 2027 vorgelegt, die vor allem eines zeigt: Die Zeitenwende bedeutet Sozialabbau!

Kürzungen sind bislang vorgesehen z.B. In:

- Migrations- und Asylverfahrensberatung und Jugendmigrationsdienste
- Arbeits- und Beschäftigungsförderung
- Freiwilligendienste
- Unterhaltsreform
- Entwicklungshilfe
- Rente
- der Gesamtetat des Bundesministeriums für Gesundheit soll in 2024 um 8,2 Milliarden Euro sinken. Das wird auch die Gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung betreffen, was zu steigenden Beiträgen der Arbeitnehmer:innen führt.

Die großen Sozialverbände haben Alarm geschlagen, weil die Kinderarmut sprunghaft angestiegen ist. Die Folgen der Pandemie und der Inflation beginnen voll durchzuschlagen.

Lange gab es deshalb Streit in der Regierung über die Kindergrundsicherung. Von den ursprünglich veranschlagten Kosten von 12 Milliarden sind nun gerade mal 2,4 Milliarden übrig geblieben. Der Sozialverband VdK hat sogar die zehnfache Summe, also 24 Milliarden für eine wirksame Kindergrundsicherung veranschlagt. Es klafft also eine erhebliche Lücke, um die Kinder wirklich aus der Armut zu holen. Dieser

Tage haben die Schaumschläger und Nebelkerzen-Werfer Hochkinjunktur, um die Ruhe an der Heimatfront zu halten. Das Gerede von den 2% des BIP für Rüstung verschleiert die tatsächlichen Dimensionen, um die es geht, denn das sind knapp 20 Prozent des gesamten Haushaltes im nächsten Jahr.

Die Armut wächst nicht nur bei den Kindern rasant, immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten die gestiegenen Preise, insbesondere für Lebensmittel und Energie zu bezahlen, die Schlangen an den Ausgabestellen für Lebensmittel werden immer größer.

Eine Übergewinnsteuer hat die Regierung verweigert, sämtliche Kosten des Krieges und der Inflation werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Es findet eine gnadenlose Umverteilung von unten nach oben statt. Die DAX-Konzerne und die Rüstungsindustrie fahren Rekordgewinne ein, während die meisten Menschen ihren Heizverbrauch reduziert haben und trotzdem mehr bezahlen.

Für Soziales oder sinnvolle Investitionen ist kein Geld da, für milliardenschwere Waffenlieferungen an die Ukraine schon. Wer jedoch für Rüstungsstopp und Waffenstillstand eintritt, wird seit der Erweiterung des Strafrechtsparagrafen 130 mit Androhung von Strafen belegt. Krieg nach außen bedeutet immer auch schärfere Repression nach Innen.

Was hat das alles hier und heute auf dem Antikriegstag zu suchen?

Es steht außer Frage: der Ukraine-Krieg muss sofort beendet werden, weil er außer Tod, Zerstörung und massenhafte Verarmung bisher nichts eingebracht hat. Nicht für die Ukrainer:innen, nicht für die russische Bevölkerung, nicht für uns. Etliche Militärexperten, auch westliche, sind sich einig, dass dieser Krieg nicht auf dem Schlachtfeld zu gewinnen ist. Also was hindert die Beteiligten an der Beendigung dieses sinnlosen Stellungskrieges? Übersehen wird oft, dass die Ukraine und ihr Präsident nicht souverän handeln. Das Land ist mittlerweile abhängig von den Zahlungen des Westens, nicht nur für die Waffen, die diesen Krieg verlängern, sondern für alle Staatsausgaben, inklusive der Renten. Selenskij war anfänglich bereit zu verhandeln und wurde zurück gepfiffen.

Der sogenannte Wertewesten vertritt auch in diesem Krieg vor allem seine eigenen Interessen. So wie in den vielen anderen kriegerischen Konflikten – derzeit sind es 25 weltweit – an denen vielfach die NATO, die EU oder einzelne westliche Länder

beteiligt sind. Neuestes Beispiel ist die Sahel-Zone, in der vor allem Frankreich wegen der Rohstoffe seinen Einfluss nicht einfach aufgeben will, militärische Einmischung einkalkuliert.

Schauen wir uns die erst kürzlich beschlossene Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung an, so wird deutlich: Alle Zeichen stehen auf Krieg! Kriege die Deutschland für seine ökonomischen Interessen – also die der Konzerne - zu führen bereit ist. Dafür wird schonmal aufgerüstet, und zwar in unvorstellbaren Dimensionen und unter Beibehaltung der Schuldenbremse. Nach dieser Sicherheitsstrategie sind im Jahr 2024 Militärausgaben in Höhe von 85,5 Milliarden zu erwarten, im Jahr 2021 waren es noch 52 Milliarden. 2014 35 Mrd.. Da sich das 2%-Ziel, also Militärausgaben in Höhe von 2% des BIP nach eben diesem Bruttoinlandsprodukt richtet, das momentan beständig steigt, steigen auch die Militärausgaben weiter. Lühr Henken (einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag) geht davon aus, dass die Militärausgaben bereits im Jahr 2025 bei über 100 Milliarden Euro liegen werden und sich damit in nur 4 Jahren verdoppelt haben.

Und wo sonst soll das Geld herkommen, als aus anderen Haushaltsbereichen? Soziales, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Arbeit, Klima – alles Dinge die wir dringend brauchen und bald nicht mehr bezahlen können. Dieser Sozialraub bringt Not und Elend und führt zu Missgunst und Neid, er stärkt damit nur die Faschisten.

Deshalb rufen wir alle Friedenskräfte dazu auf sich zusammen zu schließen und den Kampf aufzunehmen gegen jegliche Kriege und Kriegsbeteiligungen, gegen jede Form von Waffenlieferungen, gegen die imperialistischen Bestrebungen nach Ausbeutung hier und anderswo.

Wir alle brauchen ein Leben frei von Armut, mit guter Bildung und ausgestatteten Schulen statt Bruchbuden, wir brauchen lebenswerte Wohnungen die wir uns leisten können, einen bezahlbaren Nahverkehr und ein umfassendes Gesundheitssystem, das nicht morgen aus Sparzwang kollabiert. Wir brauchen kein Militär und keine Milliardenprofite der Rüstungsindustrie.

Nieder mit den Waffen! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!